



# Chronik des Tages.

Die Londoner Konferenz ist nach dreitägiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Die Verhandlungen sollen am 2. Januar in Paris fortgesetzt werden.

Die deutschen Reparationsvorschläge wurden von den Alliierten als „unbeliebig“ bezeichnet.

Nach einer Erklärung Mussolinis sind die Alliierten übereingekommen, daß vor Wiederaufnahme der Konferenz keine der veränderten Regierungen irgend eine Aktion unternehme.

Amerika gibt 93 Prozent des beschlagnahmten deutschen Eigentums frei.

In Berlin begann der Prozeß gegen Reichardt und Wrens, die des Mordverbrauchs an Maginnian Karten beschuldigt sind.

Bei den Stuttgarter Gemeinderatswahlen verloren die Sozialdemokraten und Demokraten je 4 Sitze, die Deutsche Volkspartei gewann 4, die Deutschnationale Arbeiterpartei und die Kommunisten je 2 Sitze.

## Bismarcks Friedenspolitik.

Die Entente macht bekanntlich nicht nur die deutschen Staatsmänner von 1914, sondern letzten Endes auch Bismarck für den Weltkrieg verantwortlich. Da stellen wir rechten Leit sich die „Süddeutschen Monatshefte“ mit einem Band „Bismarck als Pazifist“ ein. Von besonderem Interesse ist dabei die Behandlung der Frage „Wie stand Bismarck zum Präventivkrieg?“ Mit dem Kaiser gemeinsam verwarf Bismarck aus stichhaltiger religiöser Überzeugung jeden Präventivkrieg.

Als im Jahre 1875 Frankreich bedrohlich rüstete und einschneidende Kreise dafür stimmten, nach die Wollendung der französischen Rüstungen abzuwarten, sondern bereits jetzt Frankreich anzugreifen, wandte sich Kaiser Wilhelm I. in einer Randbemerkung vom 16. Mai 1875 mit sehr ernsten Worten gegen die auf in neuester Zeit wieder gangbar gewordenen deutschen Anschauungen; man müsse, wenn Frankreich wirklich nur bis zur Wiederherstellung seiner Armeefrieden hängen werde, ihm nicht den Zeitpunkt zum Losschlagen überlassen, sondern selbst angreifen, bevor es seine Rüstungen beendet habe. Der Kaiser sagte: „Wer ungerathet zu den Waffen greift, wird die öffentliche Meinung gegen sich haben, er wird keinen Alliierten finden, keine „neutres benevolentis“, ja überhaupt wohl keine Neutralen, wohl aber Gegner finden.“

Ganz ebenso wie der Kaiser und zwar gleichfalls mit stichhaltigen religiösen Argumenten äußert sich Bismarck unter dem 13. August 1878 in einem Brief an seinen Kaiser, in dem es heißt: „Ich würde noch heute, wie 1867 in der Luxemburger Frage, ein Majestätsverbrechen zurechnen, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn später besser gerüstet beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im Voraus erkennen.“

Im Anfang des Jahres 1887 berichtete Prinz Metz aus Wien Neuigkeiten des Fürsten Lobanow, der den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich für unvermeidlich erklärte, da „kein Franzose den Frieden von 1871 anerkenne“ und „es im Interesse“ Deutschlands für angezogen hielt, diese belagerten Vorteile Notwendigkeit nicht hinauszuziehen, obwohl Deutschland eigentlich bei einem Kriege kaum etwas gewinnen könnte“ (Nr. 1249 Fußnote). Bismarck ließ durch Graf Herbert darauf antworten: „Wir würden einen Krieg niemals aus dem Grunde führen, weil es früher oder später wahrscheinlich doch zu einem solchen kommen würde.“

Dasselbe Argument kehrt in den Dokumenten mehrfach wieder. In der Zeit der armen russisch-österreichischen Kriegesgefahr, Ende 1887, schreibt Bismarck nach Wien (Nr. 1186): „Die Größe der Katastrophe, welche für die Völker Österreich-Ungarns und Deutschlands mit einem französisch-russischen Kriege, wie immer er ausfallen mag, verbunden sein wird, legt uns die Pflicht auf, den Ausbruch desselben, wenn wir können, zu verhindern, und jedenfalls der göttlichen Vorsehung nicht dadurch vorzugreifen, daß wir ihn herbeiführen, ehe er sich uns aufdrängt.“

Daß Bismarck an dieser seiner Überzeugung ohne Zagen festgehalten hat, beweist auch seine berühmte Rede zur Begründung der Militärvorlage vom 8. Februar 1888, wo wiederum das gleiche Argument wiederkehrt: „Es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblick angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird.“ Es ist die Rede, die mit den Worten schließt: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt!“

## Deutschlands Entwaffnung.

### Die deutsche Antwortnote.

Auf die Vorwürfe der Entente, daß die Entwaffnung Deutschlands immer noch nicht durchgeführt sei, hat die Reichsregierung jetzt in einer längeren Note geantwortet, in der es u. a. heißt:

„Die Alliierten Regierungen gehen von der Ansicht aus, daß seit mehreren Monaten eine Verzögerung in der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages eingetreten sei. Diese Ansicht vermag die Deutsche Regierung nicht zu teilen. In den letzten Monaten sind allerdings in die Augen springende Fortschritte in der Abrüstung nicht mehr hervorgetreten. Dies hat jedoch seinen Grund ausschließlich darin, daß die Entwaffnung Deutschlands beendet ist, und zwar nicht nur im Rahmen des Vertrages von Versailles, sondern auch darüber hinaus nach Maßgabe der durch das Londoner Ultimatum erweiterten militärischen Bestimmungen dieses Vertrages. Deutschland darf für sich in Anspruch nehmen, die ihm auferlegte Abrüstung in einem solchen Um-

fang und mit solcher Schnelligkeit durchgeführt zu haben, daß die Abrüstung nicht nur im Lichte der Weltgeschichte als eine gewaltige Leistung dastehen wird, sondern daß sie auch nach dem Sinne und nach dem Wortlaute des Vertrages von Versailles eine erschöpfende Ausführung der Bestimmungen dieses Vertrages darstellt.“

„Zum Schluß spricht die deutsche Note die Überzeugung aus, daß die Alliierten Regierungen nach Prüfung des gesamten Materials erkennen werden, daß die Deutsche Regierung die Bestimmungen des Versailler Vertrages in keiner Weise zu umgehen sucht, sondern alles in ihren Kräften stehende getan hat, und tut, um sie loyal zu erfüllen.“

## Der Brief Cunos.

Die Notwendigkeit einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage.

Den deutschen Vorschlägen, die die Reichsregierung der Londoner Konferenz durch Staatssekretär Bergmann unterbreiten ließ, war ein eigenhändiger Brief des Reichskanzlers Dr. Cuno an den englischen Premierminister Bonar Law beigelegt, in dem es u. a. heißt:

„Ich habe den Entschluß, die Leitung der deutschen Politik zu übernehmen, nur zu fassen vermocht, weil ich als Mann des praktischen Wirtschaftlebens tief von der Überzeugung durchdrungen bin, daß nur eine klare und entschlossene Aussprache über die schwerwiegenden wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Deutschlands und Europa auf der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verwirrung ruhen kann. Von einer schmelzen, die Interessen aller Beteiligten ausgleichende Lösung der Reparationsfrage hängt das Schicksal Europas ab. Die jetzige Reichsregierung hat daher vom ersten Tage ihrer Geschäftsführung ab ihre wichtigste Aufgabe darin gesehen, für die endgültige Lösung der Reparationsfrage eine Lösung zu finden, von der Überzeugung geleitet, daß die Gefährdung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung Deutschlands und Europas zu weit fortgeschritten ist, als daß ihr mit halben Maßnahmen noch wirksam begegnet werden könnte. Die Reichsregierung ist entschlossen, seine ganze Arbeit zu leisten.“

In dem Brief wird dann weiter mitgeteilt, daß es bei der Kürze der Zeit seit Übernahme der Geschäfte nicht möglich gewesen ist, diese Arbeiten für die endgültige Lösung zum Abschluß zu bringen. Die Reichsregierung hat daher der Konferenz zunächst die Vorschläge unterbreitet, auf deren Grundlage die in der Note vom 14. November der Reparationskommission unterbreiteten Vorschläge praktisch durchgeführt werden können. Diese Vorschläge seien dazu bestimmt, der endgültigen Lösung der Reparationsfrage die Wege zu ebnen.

### Der Inhalt der deutschen Vorschläge.

Die Vorschläge der deutschen Regierung gehen von dem Standpunkte aus, daß die deutsche Wirtschaft wieder geistigt werden müsse, um zu einer Stabilisierung der Mark zu gelangen. Gleichzeitig will sie das Ausland aufbauen, um auch dem Bedürfnis Frankreichs nach barrem Gelde entgegenzukommen. Das Angebot lautet:

1. aus dem Golde der Reichsbank eine halbe Milliarde zur Verfügung zu stellen;
2. auch mit Sachlieferungen fortzufahren, soweit diese aus den Ueberflüssen des Reichshaushalts zu bestreiten sind;
3. noch während der Rettungsperiode eine innere und äußere Anleihe aufzunehmen und die Inlandsanleihe zur Hälfte, die Auslandsanleihe ganz für Bar- und Sachlieferungen zur Verfügung zu stellen.

Das Anleihsystem ist so gedacht, daß für den Fall, daß die Entente instände wäre, deutsche Goldobligationen im Betrage von drei Milliarden Mark im Ausland unterzubringen, Deutschland sich anheilig macht, eine innere Goldanleihe von zwei Milliarden Mark aufzubringen. Gleichzeitig soll von der Höhe der aufzubringenden Summe auch die Dauer des Moratoriums abhängig gemacht werden. Für 1 1/2 Milliarden Inlandsanleihe und 1 Milliarde Inlandsanleihe soll ein Jahr Moratorium in Frage kommen, wobei das Maximum des Moratoriums fünf Jahre betragen soll. Die Anleihen sollen gleichzeitig mit 4 Prozent verzinst und mit 1/2 Prozent amrtisiert werden. Als Sicherheit für die Anleihen sollen die Goldzufuhrzölle dienen.

## Die Konferenz verragt.

Fortsetzung am 2. Januar in Paris.

Die Londoner Konferenz der alliierten Premierminister ist ergebnislos abgebrochen worden, da über die Aufhebung, von der Poincaré die Gewährung eines Zahlungsaufschubs für Deutschland abhängig machen will, keine Einigung erzielt werden konnte. Die Unterredungen werden erst am 2. Januar, und zwar in Paris, fortgesetzt werden. Ueber die letzten Verhandlungen der alliierten Ministerpräsidenten wurde folgender Bericht ausgegeben:

Die alliierten Premierminister haben förmlich den augenblicklichen Stand des Reparationsproblems und auch die damit zusammenhängende Frage der internationalen europäischen Schulden unterzucht. Ein Plan für eine Interimvereinbarung bezüglich der Reparationen, der von dem deutschen Kanzler unterbreitet wurde, ist auch erwogen worden, er wurde jedoch einstimmig für unzulänglich erachtet. Es ist den alliierten Premierministern in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen, zu endgültigen Beschläffen in den in Betracht kommenden bedeutenden Fragen zu gelangen. Unter diesen Umständen ist beschlossen worden, die Unterredungen zwischen den alliierten Premierministern in Paris am 2. Januar nächsten Jahres fortzusetzen, am der Volksoberkeit zu ermöglichen, unmittelbar darauf zusammenzutreten, um vor dem 15. Januar zu endgültigen Entscheidungen in den gesamten in London erörterten Fragen zu gelangen.

Poincaré und Mussolini haben London bereits verlassen. In der Zeit bis zum 2. Januar will die englische Regierung die Fragen durch diplomatische

kanäle weiter erörtern, die noch nicht gelöst wurden; die jedoch bei der Wiederaufnahme der Konferenz in Paris erneut zur Erörterung kommen würden.

### Von einer Konferenz zur anderen.

Die Pariser Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten am 2. Januar, auf der die Londoner Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen, wird sich vermutlich über drei Tage erstrecken. Unmittelbar danach wird eine zweite große Konferenz folgen, zu der alle Alliierten eingeladen werden sollen, also auch Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Japan. Man hofft, daß auch Amerika dabei vertreten sein und an den Verhandlungen teilnehmen wird. Diese zweite Konferenz wird sich mit dem allgemeinen Programm für die Regelung der ganzen Angelegenheiten der Reparationen und der interalliierten Schulden befassen haben. Sie wird an die Stelle der ursprünglich geplanten Brüsseler Konferenz treten. Die große Konferenz wird nur zusammenzutreten, wenn die Vorbesprechung der vier Ministerpräsidenten erfolgt hat.

## Politische Rundschau.

Berlin, 13. Dezember 1922.

Der Staatsgerichtshof hat die Beschwerden gegen die „Weltanschauung“ sowie gegen die „Alliierte Zeitung“ verworfen.

In Konstanz soll im nächsten Jahre eine internationale katholische Arbeiterkonferenz stattfinden.

Teilweise Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika. Die amerikanische Regierung hat beschlossen, auf die Erledigung des Besetzungswesens durch den Kongreß noch in der laufenden Tagung zu dringen, durch den die Ermächtigung erteilt wird, 30 000 Depots im Betrage von 1000 bis 10 000 Dollar freizugeben, die der Verwalter des beschlagnahmten fremden Eigentums in Verwahrung hat. Nach amtlichen Schätzungen betragen die kleinen Depots 10 v. H. der Gesamtheit. Der Depotverwalter ist der Meinung, daß durch die Zurückhaltung von 7 v. H. der Gesamtheit die berechtigten amerikanischen Gegenforderungen an Deutschland reichlich gedeckt würden und daß die amerikanische Regierung durch die Freigabe der kleinen Beträge die wirtschaftliche Erholung Deutschlands unterstützen könnte.

Gegen das „Weltliche Wort“. Am Reichstag fand eine gemeinsame „Lobung“ sämtlicher deutschen Spitzenorganisationen gegen das „Weltliche Wort“ statt. Die Versammlung nahm eine Entschlossenheit an, in der die Vertreter der gesamten deutschen Gewerkschaften einmütig erklärten, daß sie den tiefsten Grund des immer mehr um sich greifenden deutschen Glens in dem auf der Alliierten Deutschland am Weltkrieg ausgeübten Versailler Diktat erblickten. Sie rufen das ganze deutsche Volk zum einmütigen Protest gegen dieses Diktat auf und fordern, daß der Vertrag einer Revision unterzogen wird, durch die Deutschland die Lebensbedingungen wieder gegeben werden. Durch besondere schriftliche Erklärungen hatten die Spitzenorganisationen der Beamten, der Deutsche Offiziersbund, die Kriegsbeschädigtenverbände und eine Reihe anderer großer Verbände mitgeteilt, daß sie mit dem Inhalt der Entschlossenheit voll übereinstimmen und sich über alles den Forderungen der Gewerkschaften anschließen. So stellt die Klundgebung den Ausdruck nicht nur der in den Kreisen der deutschen Arbeitnehmererschaft, sondern in der Gesamtheit der deutschen Bevölkerung lebenden Erkenntnis von der Notwendigkeit einer weitgehenden Revision des Diktats und eines Zusammenstoßes der gesamten Nation zum Kampfe gegen das Diktat dar.

Der Getreidemalpreis. Der Zwanzigeranlass, nach dessen Anhörung die Reichsregierung die Umlagepreise festzulegen hat, hat beschlossen: Für die Festlegung des Preises für das dritte Sechstel der Umlage ist der landwirtschaftliche Produktionsindex, wie er in der Mitte der Erzeugungsperiode festgestellt ist, zugrunde zu legen. Es soll ferner beachtet werden, daß der für das erste Drittel der Umlage vom Zwanzigeranlass geforderte und vom Reichstag festgesetzte Preis auf der Grundlage einer von der Regierung vorgelegten, durch Schätzung gewonnenen, aber durch die Tatsachen völlig überhöhten Berechnungen zustande gekommen ist. Die Reichsregierung wird nunmehr in Kürze den Preis für das dritte Sechstel des Umlagegetreides festlegen.

## Rundschau im Auslande.

### Italien: Ein neuer Friedensappell des Papstes.

Bei dem geheimen Konsistorium hielt der Papst eine Ansprache, in der er zunächst die Verdienste seines Vorgängers, Benedikt XV., rühmte. Von der letzten Rede der Länder des Diktats sprechend, wies der Papst auf die Unterdrückungen hin, die der Welt durch ihn zugefügt worden seien. Er betonte weiter, sein Herz werde nicht weniger durch den Gedanken an das unglückliche russische Volk erschüttert, und sagte, er habe nichts unterlassen, um das Werk seines Vorgängers fortzusetzen und zu erweitern. Ferner gedachte der Papst der Ermordungen, die er an die Delegationen der in Genoa verammelt erschienenen Mächte geschah, und in denen er sie aufgefordert habe, der traurigen Lage zu gedenken, in der sich die Völker befänden, und auf Abhilfe zu wirken. Der Papst richtete die gleichen Ermahnungen an die demnächst zur Brüsseler Konferenz zu ammentretenden Delegierten. Indem er hinzufügte, sie möchten die Gemeinde der Menschheit durch die ersten der Caritas mitteilen. Darauf erinnerte der Papst auch neue Kardinal, nämlich den deutschen Vater Erle, Cavarelli, Borgano, Gianbattista Carotol, Dosi, Soudet und Mori, sowie die spanischen und ausländischen Bischöfe.

## Handelsteil.

Berlin, den 12. Dezember 1922.

Die Unzufriedenheit am Deutschen Markt war auch heute ziemlich gering. Die Kurse hielten sich etwa auf gleicher Höhe wie am Vorgabe. Der Dollar gab etwas nach und notierte amtlich mit 84,8.



**Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsvereins.** Der Produktienmarkt zeigte in verfloßener Woche ungewöhnlich ruhige Haltung. Die gewohnte Anregung vom Devisenmarkt fehlte diesmal. Andere Anregungen für das Getreidegeschäft lagen gleichfalls nicht vor. Aus den Berichten über untern Saatenstand ging keine nennenswerte Anregung hervor. Infolge der milden und sehr regnerisch gewesenem Witterung hatte sich noch eine große Zahl derjenigen Felder, deren Einsaat bisher nicht aufgegangen war, leicht entwickelt und trat somit wenigstens nicht ganz fehl in den Winter, der seit Freitag nach vorausgegangenen Schneesturm und mehrergründigem Frost seinen Anfang nahm. Am Berliner Markt schloß die Weizennotiz die Vorwoche mit 15.200—15.600 Mark für märkliche Ware und endete diesmal wieder mit 15.300—15.600 Mark, also so gut wie un verändert. Beim Roggen gab sich weiter die Geschäftigkeit der M.-G. kund, wodurch das am Markt befindliche Material Aufnahme fand. Am Gerstmarkt war die Haltung während des größeren Teiles der Berichtswache schwach und die Preise der geringeren Sorten sind so weit unter den Roggenpreis zurückgegangen, daß im Lande sehr viel Gerste gegen Weizen getauscht wird, um die erstere auf die Umlage abzuliefern. Gute Braugerste fehlte im Markte fast ganz. Auch für Hafer lag das Geschäft recht matt und die Preise des Hafers, die noch vor kurzer Zeit die aller anderen inländischen Getreidearten und selbst die des Weizens übertrafen hatten, fanden zuletzt 2200 Mark niedriger als die Weizennotiz. Die Saaten, ebenso wie Hülsenfrüchte, blieben knapp und

bewährten durchschnittlich feste Haltung. Nur was verlies das Geschäft lustlos, bis dann zuletzt der Eintritt der Kälte dem Bedarf einige Anregung zu neuen Anschaffungen gab.

### Sport und Verkehr.

Die Vorbereitungen für das 13. Deutsche Turnfest. In Münden fand die Gründungsversammlung für das 13. Deutsche Turnfest statt, das im Juli 1923 in Münden abgehalten werden soll. Man rechnet mit etwa 20.000 aktiven Turnern, die in großen Veranstaltungen auf den Plan treten werden.

### Votales.

Wedenstafel für den 13. Dezember.

1745 Eröffnung des Tridentinischen Konzils — 1789 Der Dichter Christian Friedrich Gellert in Dessau (\* 1715) — 1797 Der Dichter Heinrich Heine in Düsseldorf (\* 1856) — 1836 Der Maler Franz v. Lenbach in Schwabenhausen in Oberbayern (\* 1804).

### Scherz und Ernst.

1. Eine Opernvorstellung vor 615.000 Zuhörern. Wie aus Newyork geschrieben wird, fand dort dieser Tage eine Opernaufführung vor 615.000 Zuhörern statt. Wohlgemerkt: Zuhörern, nicht Zuschauern. Die Metropolitan Oper führte nämlich Verdis Oper „Atta“ im Warenhaus von Kingsbridge, anaeblich dem arbeits-

ort Erde, in Oratoriumform vor 15.000 Zuhörern auf. Außer den 15.000 Anwesenden hörten aber noch im Kreis von tausend Meilen weitere 600.000 Leute zu; diese waren „broadcast-abonnents“; sie brauchten nur ihre Empfangsstellen auf eine von der „American Telephone and Telegraph Company“ vorher angegebene Wellenlänge einzustellen, um auf drahtlos empfangene Töne zu hören, um auf drahtlos das Oratorium mit anzuhören, versichern jetzt wie aus einem Munde, daß sowohl die Singstimmen wie die Orchesterklänge vollkommen rein und klar und wiederzugeben wurden. Die Fernsprengesellschaft hatte besonders Lautverstärker auf und in der Nähe der Bühne angebracht; von diesen wurden die Töne noch zu einer weiteren Verstärkungsstelle übergeleitet, wo abermals eine Anzahl besonders angebrachter kräftiger Lautverstärker aufgestellt waren. Erst von da wurden die Klänge in die „broadcast-station“ übergeleitet, welche sie ihrerseits wieder in alle Welt auf drahtlosen Wellen weiterleitete. — Es ist dies zweifellos die größte Zuhörermenge, die jemals Zeuge ein und desselben Vorganges wurde.

2. Eine romantische Heirat im dänischen Adelsstande. Ohne besonderen höflichen Aufwand ist die Heirat in Schloß Fredensberg bei Kopenhagen eine Heirat vollzogen worden, die einer romantischen Vorgeschichte nicht entbehrt. Es war eine Schwester des Königs Christian X., nämlich die am 23. Mai 1890 geborene, also 32-jährige Prinzessin Dagmar von Dänemark, die an der Seite eines Ordmanntoffiziers ihres Bruders, des Leutnants Jørgen Cassesthold, zum

Für die Feiertage:  
Mand In, Kokosnüsse  
Sultanen, Rosinen, Corinthen  
Wallnüsse, Baumkerzen  
feinstes Weizenmehl, Backpulver  
Kuchengewürze, Zitronen  
Zitronat usw.

**Richard Mohr**



**Wir alle**

kaufen  
unsere

**Weihnachtsgeschenke**

große Stand-Uhren  
Wanduuhren und  
Renaissance-Regulateure  
mit allerfeinsten Werken und Glockengang, sowie  
Taschen- u. Armbanduuhren  
Wecker aller Art

bei  
**Wilhelm Keim**  
Uhrmacher  
87 Neustadt 87

Kinder-Kaffeeserviese  
Kinder-Eßserviese  
Kinder-Spielsachen  
**Richard Mohr**

Stadt Spangenberg versteigert  
Montag, den 18. Dezember d. J. 1/2 11 Uhr nach-  
mittags im Sitzungszimmer des Rathhauses

2 sprunghafte  
**Ziegenböcke.**

**Rodelschlitten**  
**Richard Mohr**

Alle Gattungen von  
**Schrott**

wie Kernschrott, Maschinen-  
güterbruch, auch  
**Dampfkessel**  
und **Dampfmachines**  
auf Abbruch kauft laufend in un-  
beschränkter Mengen  
**K. Löbenstein**  
Sontra, Bez. Cassel.  
Telefon Nr. 10

Alle Sorten  
**Därme**

und  
**Metzgerei-  
gerätschaften**

bezieht man vorteilhaft bei  
**Adolf Michel, Cassel**  
Schlachthofstr. 38 Telefon 376

für die anlässlich unserer  
**Vermählung**

erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir unseren  
verbindlichsten Dank.

**Siegfried Löwenstein u. Frau**  
Udele geb. Müller

Spangenberg, den 12. Dezember 1922.



**Hochwertiges**

**Seifenpulver**

ist und bleibt

**Schneekönig**  
mit 30% Fettgehalt

**14 000 Mark** zahle ich  
für  
**Mauerpistolen**

7,63 mit An-  
schlagkolben

10—30 000 M. f. Zeiß-Prismen-  
feldstecher

Für Jagdgewehre zahle ich ebenfalls gute Preise  
**H. Rost, Cassel**, Obere Karlstraße 3  
Eingang Fünftenstraße — Telefon 7227

1a. Sauerkraut  
1a. grüne Bohnen  
1a. saure Gurken  
empfiehlt  
**Richard Mohr**

**Der rechte Weg  
zum günstigen Einkauf**

für  
**Uhren, Schmucksachen  
praktische Gegenstände  
Verlobungsringe**

**Brillen**

ist immer noch

**Friedmann's**

Uhrenhandlung u. Reparaturwerkstatt.

In das Vereinsregister des Amtsgerichts Spangen-  
berg ist der

**Gewerbeverein Spangenberg**

mit dem Sig in Spangenberg am 8. Dezember 1922  
unter Nr. 4 eingetragen.

Spangenberg, den 8. Dezember 1922.

Das Amtsgericht.

**Lehrmädchen**

für Bäckerei sofort gesucht.

**R. Spangenthal & Co.**  
Leitschenfabrik.

**Stempel**  
liefert schnell und preiswert

**Buchdruckerei.**

**Neue Truchtsäcke**  
**Richard Mohr**

Verhalten bei Schnee und Eis.

- Es wird daran erinnert, daß
1. bei Glätte die Straßen mit abstumpfenden Stoffen (Miste, Sand und dergl.) zu bestreuen sind,
  2. das Schlittschuhfahren (Rodeln) und Schlittschuhlaufen in den Straßen der Stadt verboten ist.
- Spangenberg, den 11. Dezember 1922.  
Die Polizeiverwaltung  
Schier.

**Verbraucher-Strompreis.**

Der Zweckerband Ueberlandwerk Ederthalwerre hat den Preis für elektr. Strom und sämtliche Nebengebühren mit Wirkung vom 1. 12. 22 ab außerordentlich erhöht, so daß a. d. die Verbraucher mit einer gewaltigen Steigerung (Verdreifachung) des bisherigen Strompreises zu rechnen haben.

Spangenberg, den 1. Dezember 1922.

Der Magistrat,  
Schier.